

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/3

Bonn, den 5. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Kulturföderalismus in der Zerreißprobe	97

Die Umstellung des Schuljahresbeginns als Testfall

Von Klaus Helfer

3	Unzufrieden	42
---	-------------	----

Um Erkarás Führungsqualifikation

4	Spaniens Studenten	44
---	--------------------	----

Die politische Unruhe reißt nicht ab

Interessante Meinungsumfrage

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Was sind die Realitäten ?

Es darf uns nicht verwehrt sein

Leider nur ein Abgeordneter

Bis 1983 warten müssen

Ein gebrochenes Versprechen und seine Folgen

BdV kritisiert Entscheid der CDU-Fraktion

Alle Menschen werden Brüder

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Kulturföderalismus in der Zerreißprobe

Die Umstellung des Schuljahresbeginns als Testfall

Von Klaus Helfer

Die Kultusminister der Bundesländer werden sich am Freitag diese Woche noch einmal um eine gemeinsame Regelung für die Umstellung des Schuljahresbeginns auf den Herbst bemühen. Ihre auf Verlangen des Berliner Schulsenators Evers anberaumte Sondersitzung hat sich mit den Konsequenzen der Tatsache zu befassen, daß einige Länder das vom Schulausschuß der Kultusministerkonferenz ausgearbeitete und von den Ministern vor sechs Monaten beschlossene einheitliche Umstellungsverfahren nicht durchführen wollen. Ein auf den ersten Blick rein technisches Problem wurde so zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, die der Funktionsfähigkeit des föderalistischen Systems schweren Schaden zufügen könnten. Die Auseinandersetzungen, die in den letzten Monaten um das von den Kultusministern vorgeschlagene Verfahren in den zuständigen Landtagsausschüssen geführt wurden, haben deutlich gemacht, daß hier in Wahrheit nicht nur bedeutsame bildungspolitische Entscheidungen, sondern die Möglichkeiten der Kultusministerkonferenz selbst auf dem Spiele stehen, die schulpolitischen Entwicklungstendenzen der einzelnen Bundesländer wirksam zu koordinieren. In den unterschiedlichen Standpunkten zum Verfahren bei der im Hamburger Abkommen der Ministerpräsidenten festgelegten Angleichung des Schuljahresbeginns an den europäischen Herbsttermin haben sich bildungspolitische Differenzen zwischen SPD und CDU mit den unterschiedlichen Interessen der hinsichtlich der Einführung des neunten und zehnten Pflichtschuljahres fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Länder und Stadtstaaten zu einem hochbrisanten Explosivstoff vereinigt; dieser droht die Kultusministerkonferenz auseinanderzusprengen, wenn sich die Länder nicht doch noch in letzter Minute zum gemeinsamen Vorgehen entschließen.

Gefahr der Spaltung

Die Meinungsverschiedenheiten haben die Länder in den letzten Wochen zu zwei getrennten Lagern zusammengeführt, von denen sich der "Norddeutsche Bund" (Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) zur Verwirklichung der Durchführungsvereinbarung der Kultusministerkonferenz bekennt und jedenfalls zwei Grundprinzipien dieser Regelung unter allen Umständen gewahrt wissen will:

- * Die Umstellung des Schuljahresbeginns darf auf keinen Fall zu einer Verkürzung der gesetzlichen Vollzeitschulpflicht führen.
- * Eine Verlängerung der Vollzeitschulpflicht auf neun, beziehungsweise zehn Jahre muß möglich bleiben.

Genau diese für die künftige bildungspolitische Entwicklung entscheidenden Voraussetzungen werden aber durch das von der süddeutschen Ländergruppe (Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen) vorgesehene Umstellungsverfahren nicht erfüllt, dessen allgemeine Durchsetzung den schulpolitischen Fortschritt in den norddeutschen Ländern und Stadtstaaten erheblich behindern würde.

Die kulturpolitischen Beratungsgremien der Parteivorstände von CDU und SPD haben eindeutige Positionen bezogen. Aber weder die CDU-Regierung von Schleswig-Holstein noch der CDU-Kultusminister von Niedersachsen werden einer von den Kultursprechern der CDU-Landtagsfraktionen ausgegebenen Marschroute folgen, den Beschluß der Kultusministerkonferenz in den Parlamenten zu Fall zu bringen. An die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und Kultusminister hatte der Bildungspolitische Ausschuß der SPD am 11. Dezember 1965 die dringende Empfehlung gerichtet, die Umstellung des Schuljahresbeginns "im Einklang mit dem Beschluß der Kultusministerkonferenz einheitlich durchzuführen und dabei auf keinen Fall eine Verkürzung der gegenwärtigen Pflichtschulzeit eintreten zu lassen."

Vorerst wird die Haltung der einzelnen Fraktionen, Landesregierungen und Kultusminister weniger durch parteipolitische Erwägungen als durch die Rücksicht auf die schulpolitischen Gegebenheiten und Planungen ihrer jeweiligen Länder bestimmt. Dies ist in jedem Falle legitim, so lange sich die an solchen Rücksichten orientierten Maßnahmen mit den übergeordneten politischen Notwendigkeiten vereinbaren lassen. Zu diesen Notwendigkeiten gehört aber, daß die Maßnahmen zur Umstellung des Schuljahresbeginns weder zur regionalen Diskriminierung bestimmter Schuljahrgänge führen (und deshalb unterschiedliche Lösungen ausschließen) noch den bildungspolitischen Fortschritt hemmen dürfen.

Hoﬀnung auf den Kompromiß

Die um die Erhaltung des bei ihnen bereits eingeführten neunten Pflichtschuljahres und um den weiteren Ausbau ihrer zehnten Klassen besorgten norddeutschen Länder haben sich zu Jahresende auf eine Kompromißformel geeinigt, die auf der Sondersitzung der Kultusministerkonferenz am Freitag zur Diskussion steht. Die Minister täten nicht nur ihrem Ansehen sondern vor allem der Idee bundesstaatlicher Kooperation einen guten Dienst, wenn sie sich nicht nur auf eine allen Beteiligten zumutbare Lösung einigten, sondern bei dieser Gelegenheit auch einmal grundsätzlich über die politischen und institutionellen Möglichkeiten nachdächten, wie die gemeinsamen Planungen der Exekutiven besser als bisher mit der Willensbildung der letztlich entscheidenden Landesgesetzgeber verzahnt werden könnten. Wie bei allen ähnlichen Anlässen haben auch die Interessengegensätze der Länder beim Verfahren zur Umstellung des Schuljahresbeginns zum Ruf nach dem Bundesgesetzgeber geführt. Dem muß immer wieder entgegeng gehalten werden, daß die meisten bundesstaatlichen Konflikte nicht auf die Funktionsunfähigkeit des Föderalismus, sondern auf den mangelnden Kooperationswillen und einen allzu bescheidenen politische Phantasie bei vielen von denen hinweisen, deren Aufgabe es wäre, die noch längst nicht ausgeschöpften Möglichkeiten unserer föderalistischen Ordnung für das Wohl des Ganzen zu nutzen.

Unerfreulich

Um Erhards Führungsqualifikation.

sp - Der Vorgang ist an sich ungewöhnlich. Bundeskanzler Erhard, unter schwerem Druck seines Koalitionspartners stehend, hat den feierlichen Neujahrsempfang des Bundespräsidenten als Gelegenheit benutzt, um seine Regierung der Kleinen Koalition zu verteidigen. Vor den Augen und Ohren des ganzen deutschen Volkes erfolgte ein Disput, dem, was seinen sachlichen Inhalt anbelangt, gewiß der Reiz der Neuheit fehlt, der jedoch ein bezeichnendes Licht auf die innere Verfassung der von Erhard geführten Regierung wirft. Diese Regierung wird ihre schweren Geburtswehen nicht los. Sie erweisen sich als Dauerschmerzen, die trüber Begleiterscheinungen bei der Regierungsbildung im Herbst des vergangenen Jahres halten an und nähren den Zweifel an der Standhaftigkeit und Dauerhaftigkeit dieser Regierung für die erst am Anfang stehende 5. Legislaturperiode. Man braucht dies alles nicht noch mehr zu dramatisieren, der Stoff enthält ohne an Dramatik genug.

In diesem ungewöhnlichen Vorgang, wie er sich am 4. Januar, am Vorabend des 90. Geburtstages von Konrad Adenauer abspielte, spiegelt sich die innere Zerrissenheit und Führungslosigkeit einer großen Partei und die Ohnmacht ihrer miteinander zerstrittenen Männer, damit fertig zu werden.

Von den ersten Geburtsstunden des zweiten Kabinetts Erhard an lieferten sich die Gegner und Befürworter einer Großen Koalition innerhalb der Unionsparteien die heftigsten, persönliche Rücksichten nicht kennende Gefechte. Dieser Kampf geht mehr oder weniger offen weiter. Er gilt in erster Linie der Person des Bundeskanzlers, dessen Eignung als Lenker der deutschen Politik umstritten ist; es gelang ihm bisher nicht, sein angeschlagenes Ansehen zu heben. Er kann nicht führen, er wird geschoben. Ein fast 70-jähriger erwirbt nach allen menschlichen Erfahrungen nicht mehr die Eigenschaften, die ihm fehlen. Die CDU steht sich in ein schweres Dilemma gestürzt, aus dem sie noch keinen Ausweg weiß. Auf der Suche nach einem neuen Parteivorsitzenden fällt Erhard von vornherein aus. Die führenden Männer der CDU wollen ihn nicht haben. Sie befürchten, seine kraftlose Hand werde die einstmals so mächtige und selbstbewußte Partei in den gleichen desolaten Zustand des Immobilismus hineinführen, wie es ihm mit der Regierung gelang.

Vor diesem unerfreulichen, die deutsche Politik lähmenden Hintergrund erfolgen die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Sie dürften nach dem erfolgten Rücktritt Adenauers als CDU-Vorsitzender an Schärfe und Härte gewinnen und den Boden der Regierung Erhard noch mehr erschüttern als es schon geschah. Die Kräfte, die im Blick auf die ungelösten Lebensfragen unserer Nation auf eine Veränderung drängen, fühlen sich durch jeder Tag der Regierungstätigkeit des gegenwärtigen Bundeskanzlers ermutigt. Sie stehen Gewehr bei Fuß und warten auf neue Gelegenheiten zum Angriff.

Spaniens Studenten

Die politische Unruhe reißt nicht ab

HD - Der zähe Kampf zwischen den Studenten Spaniens und dem fan-
glistischen Universitätssyndikat SEU, der im Jahre 1965 eine begrenzte
Liberalisierung der SEU anbahnte, dürfte auch 1966 anhalten. Die
jüngsten Maßregelungen von Studenten in Madrid und Barcelona haben
aber auch Kräfte auf den Plan gerufen, die sich kritisch mit der ge-
genwärtigen Stellung der SEU auseinandersetzen und sich für die Ab-
schaffung des Monopolcharakters dieser Organisation im spanischen
Universitätsleben aussprechen.

Praktisch existiert noch immer die SEU-Zwangsmitgliedschaft. Der
Professorenrat der wirtschaftswissenschaftlichen und politischen
Fakultät der Madrider Universität hat in einer EntschlieÙung vorge-
schlagen, das bisherige Wahlsystem zur SEU-Studentenvertretung zu
ändern, da es sich als völlig ungeeignet erwiesen habe. In die glei-
che Kerbe häut auch die "Gaceta Universitaria", die von der Univer-
sität des katholischen Laienordens "Opus Dei" in Pamplona (Navarra)
herausgegeben wird. Die Zeitschrift verlangt ebenfalls die "Demokra-
tisierung" der SEU. Gegenwärtig sind in Madrid 300 polizeiliche Un-
tersuchungen gegen Studenten anhängig, die an den Unruhen des letzten
Jahres beteiligt waren. Die bereits erwähnten Madrider Professoren
fragen sich, ob man nicht etwa mit Kanonen auf Spatzen schieÙt, denn
die studierende Jugend Spaniens ist an sich dem Radikalismus abhold.

Aufschlußreiche Umfrage

Die Zeitschrift "El Ciervo" veröffentlichte die vielleicht auf-
schlußreichste Meinungsumfrage auf dem Gebiet der Soziologie des
Universitätslebens. Vierhundert Madrider Studenten erhielten einen
Fragebogen mit 58 Fragen über ihre Einstellung zu Religion, Politik
und zu zwischenmenschlichen Beziehungen.

Sie konnten zwischen sechs politischen Richtungen wählen. Hier
das Ergebnis: Es entschieden sich für

Christdemokratie:	39,6 Prozent
Linkssozialismus:	21,5 Prozent
Sozialdemokratie:	14,1 Prozent
Kommunismus:	8 Prozent
MS-Ideologie:	2,7 Prozent
Faschismus lateini- scher Spielart:	2 Prozent

Dies ergibt, daß die Christdemokraten ein leichtes Übergewicht
haben, die beiden sozialistischen Richtungen aber an zweiter Stelle
stehen, während den Extremisten nur wenig Chancen gegeben sind.

Den Schluß, den die Zeitschrift aus dieser Fragebogen-Aktion
zog, kann man auf wenige Sätze komprimieren: "Ein starker Wunsch
nach Koexistenz und Zusammenarbeit zur Überwindung ideeller und ide-
ologischer Schranken. Zukunftsbejahend, optimistisch und extremi-
stischen Neigungen abhold."